

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



## Anzeigen

werden die sechsgehaltene 3 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Plakate, Reklamen sollen pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Maß-, Datenvorschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehgebühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 115.

Dienstag, den 28. September 1926.

19 Jahrgang.

Geheime Wohltaten und geheime Gebuld sind die besten.

## Poincaré fühlt sich getroffen.

Während man sich in Paris und Berlin anstellt, die Vorbereitungen für die wichtigen Verhandlungen über den deutsch-französischen Ausgleich zu treffen, ist ein Mal wieder die Frage der Verantwortlichkeit im Mittelpunkt der politischen Erörterungen gerückt. Den Anlaß hierzu bildete eine Rede aus der Völkervereinigung auf einem Vierabender in der deutschen Kolonie in Genf gehalten wurde. In dieser Ansprache hatte er die Bedeutung des Beitritts Deutschlands zu dem Genfer Bund hervorgehoben und sich auch geäußert, daß mit der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund auch die Kriegsschuldfrage eigentlich erledigt sei. Diese Äußerung hatte in der Genfer Presse sofort einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. In heller Furcht, Deutschland könnte auch den Versailler Vertrag, Deutschland könnte auch die „Schuld“ Deutschlands am Krieg auf sich zu nehmen, erklärten, wie die Pariser Blätter mit großer Bestimmtheit darauf hin, daß ja auch der Versailler Vertrag die Ergänzung des Völkerbundes durch die spätere Aufnahme Deutschlands vorzuziehen habe. Von einer Aufhebung der Verantwortlichkeit Deutschlands oder gar des Versailler Vertrages und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund könne es nie und nimmer die Rede sein.

Kunze ist auch Poincaré selbst, in dessen Augen, wie das Pariser Blatt „Quotidien“ sich ausdrückt, die Frage des Kriegsschuldfragen sozusagen eine einmal vor aller Welt der Schuld am Krieg zu sein. Am letzten Sonntag hielt er auf dem Kongress der Kriegsschädigten in Saint Germain eine große Rede, in der er auch die Kriegsschuldfrage streifte. Die Kriegsschädigten kennen, so führte Poincaré aus, sehr die Schrecken des Krieges, als daß sie ein neues Dienen des Friedens wären. Aber der Krieg ist kein Grund für sie, auf ihren Ruin zu verzichten. In der Stunde, wo die Völkervereinigung ohne Beispiel über die Welt gebracht hätte, ist ihnen nicht in den Sinn gekommen, alle Deutschland unerschrocken für diesen Angriff verantwortlich zu machen. Obgleich sie hätten sie allen Offizieren und Soldaten der feindlichen Armeen die Verantwortung vorgeworfen, die sie in den überfallenen Dörfern vorgeworfen (!). Die Kriegsschädigten können nicht verstehen, daß Frankreich der Krieg schuld sei, daß er sich auf französischem Boden abspielte infolge der Verletzung eines neutralen Landes und daß der Krieg durch die Befehle des lateinischen Generalstabes mit unerbittlicher Grausamkeit geführt worden sei (!).

Wenn das Deutschland von heute — schloß Poincaré — offen gewisse Methoden des ehemaligen Deutschlands beurteilen würde, um wieviel leichter wäre es ihm, die Augen von Euren Narben abzulenken und die Hände den Urheber Eurer Wunden zu reichen. Ich wünsche nur die Ruhe Europas, die Sicherheit der Grenzen, die Unabhängigkeit unserer diplomatischen Tätigkeit und die Sicherheit europäischer Verträge.

Jeder Satz Poincarés, besonders derjenige, der die Kriegsverantwortlichkeit, fand, wie die Pariser Presse billigt die Rede Poincarés und erregt sie als eine notwendige Antwort auf die Rede Poincarés hat in deutschen politischen Kreisen begeisterte Zustimmung gefunden. Obwohl fast alle Welt heute von der Unmöglichkeit Deutschlands am Weltkrieg überzeugt worden, daß gerade Poincaré es gewesen ist, der die Verantwortung für den Weltkrieg auf sich hat, bringt er immer noch den trutzigen Mut, die Schuld zu leugnen und Deutschland als den Schuldigen hinzustellen. Das Ansehen, Deutschland von gestern zu bewegen, ist, wie die „Sk-

nische Zeitung“ mit Recht feststellt, ein zu alter Trick, als daß er bei ernsthaften Leuten noch verlangen könnte. Auf diesen Versuch, in der Kriegsschuldfrage ein zweites Deutschland zu konstruieren, kann man nur mit dem Bierchen und uns nur noch diejenige Hälfte zeigen, die uns bisher verborgen geblieben ist.

Immerhin ist nicht zu verkennen, daß der Ton, den der „Poincaré von heute“ in seiner Rede anschlägt, wesentlich verschieden ist von dem Ton des Poincaré von gestern. Obwohl Poincaré sich bei seinen Ausführungen auf die Kriegsschuldfrage beschränkt hat und auf den Inhalt der Verhandlungen von Thoiry nicht eingegangen ist, hat er doch das Problem der allgemeinen deutsch-französischen Beziehungen etwas anklängen lassen. Er hat versucht, der gegenwärtigen Lage Rechnung zu tragen, und wäre es auch nur deshalb geschehen, um nicht vor der Welt als der Störenfried im friedlichen Ausgleich mit Deutschland dazustehen.

## Der Ausgleich mit Frankreich.

Stresemann über die deutsch-französischen Beziehungen.

Der sich zur Zeit in Berlin aufhaltende Außenpolitiker des Pariser „Matin“, Sauerwein, befragte dieser Tage den Reichsaussenminister Dr. Stresemann über seine Ansichten in der Frage der deutsch-französischen Annäherung. Auf den Hinweis des französischen Journalisten, daß bei den militärischen und finanziellen Sachverständigen Schwierigkeiten bei der Annäherung einer Annäherung der beiden Länder entstehen könnten, erwiderte Dr. Stresemann mit der Feststellung, daß natürlich die Sachverständigen gegen die Versöhnungspolitik allerlei einzuwenden hätten, aber wo ein Wille sei, sei auch ein Weg.

„Tatsache ist“, meinte Dr. Stresemann, „daß Briand und ich über die Möglichkeit einer Annäherung einer Meinung sind. Dabei glaube ich, daß weder Briand noch ich schlechte Patrioten sind. Eine Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland wird um so wirksamer sein, als sie unter der Mitwirkung von Staaten, wie England, Belgien und Italien stattfinden wird, die auch den Vertrag von Locarno unterzeichnen haben.“

Was Frankreich und Deutschland anbelangt, so ist alles für eine Annäherung geschaffen: die einander ergänzenden Wirtschaftskräfte, die geographische Nachbarschaft, die unerschöpfbare Taperette beider Völker, der Arbeits- und Erdungsreichtum. Zur Vorbereitung einer künftigen erfolgreichen Verständigung haben wir geglaubt, daß es das Beste sei, einander gewisse Zugeständnisse

zu machen, die die Lage der beiden Länder zu erleichtern geeignet sind. Man kann in Erwägungen darüber eintreten, daß zwischen beiden Ländern eine Interessengemeinschaft hergestellt wird, wobei Frankreich auf Rechte aus den Verträgen und Deutschland auf Vorechte aus Abkommen und Verträgen verzichtet. Die von beiden Ländern zu bringenden Opfer sind nicht sehr groß, wenn man den Blick auf die Zukunft richtet, die wir vorbereiten wollen. Glauben Sie denn wirklich, fragte Stresemann, daß Sie bei einer intimen Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund, ohne daß Sie sich an moralische Annäherungen setzen, viele Jahre hindurch unser Gebiet besetzt halten können? Wenn wir andererseits Ihnen durch Überweisung von Geld, der freiwillig zugestimmt worden ist, helfen können, Hilfsquellen aufzufinden, die Sie brauchen, ist es dann nicht natürlich, daß wir so verfahren, wenn wir wirklich die Absicht haben, uns auf allen Gebieten zu verständigen? Wie die französische öffentliche Meinung sich zu solchen Plänen stellt, weiß ich nicht. In Deutschland jedenfalls hat sie viel Boden gewonnen. Hoffen wir, daß der bereits zurückgelegte Weg eine gute Vorbildung für einen guten Erfolg ist.“

## Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. September 1926.  
— Der deutsche Gesandte in Kopenhagen, von Audienz empfangen worden.  
— Reichsminister Dr. Marx ist zu kurzem Erholungsurlaub in Bad Harzburg einetroffen.  
— Die bayerischen Deutschnationalen haben sich auf ihrem Landesparteitag in Hof einmütig hinter die Beschlüsse des Reichsparteitag in Köln gestellt.

Dr. Wirth über die Festigung der Deutschen Republik. Auf der Tagung des Republikanischen Reichsbundes in Berlin ergriff auch der frühere Reichsfinanzminister Dr. Wirth das Wort. Er führte aus, die deutschen Zusammenhänge und gemeinsam vorliegen wollen, ob sie ob sie von denen im Reich geführt werden wollen, oder die Republik innerlich nicht nachleben, sie aber gerettet werden, wo sie ... und führen ...  
Wirth forderte die Vereinigung von hundert Sozialdemokraten, hundert Demokraten und hundert Zentrumskleuten aus dem ganzen Reich zu einer Arbeitsgemeinschaft, die vorausgehend die Politik mache und für den Tag der Entscheidung die große leitende Partei in unser Volk werfe. Die Kampfgemeinschaft republikanischer Aktivitäten von Königsberg bis Konstanz sei notwendig; an die Gründung einer neuen Partei denke er dabei nicht.

Die Steuerforderungen des Hanjabundes. Der neugebildete Wirtschaftspolitische Gesamtausschuß des Hanjabundes hielt dieser Tage in Berlin eine Tagung ab, in der er sich vornehmlich mit Steuerfragen beschäftigte. In einer längeren Rede forderte der Vorsitzende, Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer, eine Vereinfachung des Steuerrechts im Hinblick auf die bestehenden Personaleuern und unter Abbau der in letzter Zeit übermäßig angeblähten Realsteuern. Nicht nur die Gesamtheit der öffentlichen Einnahmen des Reichs, der Länder und Gemeinden, die heute noch immer 10 bis 11 Milliarden im Jahr beanspruchen gegenüber 5,2 Milliarden in der Vorkriegszeit, müßten um 20 bis 25 v. H. abgebaut und nach oben zu begrenzt, sondern auch die direkte Steuerlast des einzelnen sollte durch ein Steuerheftlastengesetz einheitlich nach oben beschränkt werden.

## Rundschau im Auslande.

Der belgische Schatzminister Francois wird in den nächsten Tagen in Paris eintreffen und mit Poincaré in seiner Eigenschaft als Finanzminister Verhandlungen über die Stabilisierung des belgischen Franken haben.  
Der kanadische Ministerpräsident Meighen ist infolge der Wahlüberlage der Konservativen zurückgetreten. An seiner Stelle hat der Führer der Liberalen Madensie King die Leitung der Regierungsgeschäfte übernommen.  
Das jugoslawische Königspaar wird gegen Ende des Monats anlässlich der Unterzeichnung des französisch-jugoslawischen Vertrages offiziell Paris einen Besuch abstatten.

## Argentinien rückt zum Völkerbund.

Nach einer Meldung aus Buenos Aires hat der Auswärtige Ausschuss des argentinischen Kongresses, die Rückkehr Argentinien in den Völkerbund gebilligt. Diese Nachricht hat, wie der Genfer Korrespondent des Neuterlichen Bureau berichtet, einen sehr günstigen Eindruck in Völkervereinigung hervorgerufen und wird als unmittelbares Ergebnis der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund angesehen. Man nimmt an, daß die moralische Wirkung der Aktion Argentinien in Spanien beträchtlich sein wird.

## Die polnische Regierungskrise.

Partel übernimmt die Neubildung des Kabinetts.  
Dem Marschall Piłsudski ist es gelungen, den bisherigen Ministerpräsidenten Partel zu bewegen, die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Was die Zusammenlegung einer solchen dritten Regierung Partel anbetrifft, so rednet man im allgemeinen nicht mit großen Änderungen. Aller Voraussicht nach wird Partel dem Spruch des Landtages zum Trotz den General Władysław Sikorski wiederum als Minister des Innern berufen. Es wäre das freilich ein Bruch der polnischen Verfassung, in der es heißt, daß jeder Minister auf Verlangen des Landtages zurücktreten müsse. Es bliebe also verfassungsmäßig nur noch die Möglichkeit einer gleichzeitigen Parlamentsauflösung. Welchen Weg Partel einzuschlagen beabsichtigt, darüber bestehen zurzeit nur Vermutungen.

## Hilzung der englischen Bergarbeiter?

Der schon fast Monaten währende Konflikt im englischen Bergbau scheint jetzt endlich seinem Ende zuzugucken. Der Bergarbeiterführer Coak erklärte, in einer Rede vor Bergarbeitern in Somerset, er glaube an einen organisierten Ausmarsch, und wenn man sich zurückziehen und ein Kompromiß anempfehlen müßte, so müßte man dies in einer disziplinierten Weise tun. Aus freien Stücken werde ein Rückzug der Bergarbeiterschaft nicht erfolgen, sondern nur durch Zwang.

## Blutbad in China.

Die chinesische Stadt Tschoankiaow, einer der größten Handels- und Fabriksstädte der Provinz Honan, ist von Zellen der Armee des Marschalls Sunwei, die sich im





